

"kurier.at" gefunden am 30.11.2020 05:07 Uhr

Wien: Der lange Weg zur Klima-Musterstadt

Bis 2040 soll die Bundeshauptstadt klimaneutral sein. Reichen die rot-pinken Pläne dafür aus?



Rot-Pink drückt beim Klimaschutz aufs Gaspedal. In den kommenden fünf Jahren wollen SPÖ und Neos Wien auf den Weg zur „Klimamusterstadt“ bringen, im Jahr 2040 soll die Bundeshauptstadt klimaneutral sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind im Koalitionspakt eine Reihe von Zwischenzielen vereinbart, die dafür nötigen Werkzeuge sollen in einem neuen Klimaschutzgesetz gebündelt werden.

Doch reichen die vereinbarten Maßnahmen aus?

Messbar

Um Erfolg oder Misserfolg messbar zu machen, wird der Gemeinderat ab dem kommenden Jahr neben dem regulären Budget über ein spezielles Klimabudget inklusive Treibhausgasbudgets abstimmen (siehe Infobox unten) . Zusätzlich muss dann jedes Vorhaben von Rot-Pink einen verpflichtenden Klimacheck bestehen.

„Sehr positiv“ findet diese Vorhaben Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens. Nur schneller müsste es gehen, meint sie - sei das doch „die letzte Regierung, die das Pariser Klimaziel noch erreichen könnte“ Daher müsse man weg von den Zielsetzungen hin zu den Taten - „da sieht man aber relativ wenig“, sagt Rogenhofer.

Klimaneutralität

Bis 2040 sollen in Wien nicht mehr klimaschädigende Treibhausgase ausgestoßen werden, als auf natürliche Weise, etwa durch Wälder, gebunden werden.

Treibhausgasbudgets

In diesen wird vorgeschrieben, wie viele Tonnen CO -Äquivalente jeder Sektor (Verkehr, Energie, Landwirtschaft etc.) im kommenden Jahr ausstoßen darf.

Klimawandelanpassung

Mehr Grün in der Stadt, kluge Stadtplanung und der Schutz der Artenvielfalt sollen die bereits spürbaren Auswirkungen der Erderhitzung abfedern.

Michael Staudinger, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), hat hingegen Verständnis für Rot-Pink. Ja, bei vielen Punkten fehle die Ausgestaltung, aber eine gute Planung brauche Zeit. „Man wäre an vielen Details interessiert“, sagt aber auch er. Rogenhofer ist da direkter: An zu vielen Stellen des Koalitionspaktes sei unklar, welche konkreten Maßnahmen gesetzt werden sollen.

Klimasünder Verkehr

Etwa bei der Mobilitätswende. Der Verkehrssektor ist für 38 Prozent und damit den Löwenanteil der Emissionen verantwortlich. Bis 2030 will die Koalition diese halbieren; ebenso den Anteil derjenigen, die mit dem Auto einpendeln. Es sei aber „nicht wirklich klar, wie das schaffbar sein soll“, sagt Rogenhofer. Zwar finden sich viele weitere Absichtserklärungen im Programm: Etwa jene, den städtischen Taxiverkehr bis zum Jahr 2025 vollständig auf Elektroautos umzustellen. Konkrete Maßnahmen bleiben aber die Ausnahme.

Eine dieser Ausnahmen ist die Vervielfachung des Budgets für den Radwegausbau von 6 auf 26 Millionen Euro pro Jahr. Ein wichtiger Punkt, sagt Staudinger. Sichere Radfahrinfrastruktur wie baulich getrennte Radwege sind entscheidend: Eine Verlagerung vom motorisierten Verkehr aufs Fahrrad bringt „extrem viel bei den Emissionen“, sagt der ZAMG-Chef. „Wien muss Kopenhagen werden.“

Ob bessere Radwege und die Weiterführung des Öffi-Ausbaus für das Erreichen der hohen Ziele ausreichen, darf aber bezweifelt werden. Vor allem, wenn zugleich nicht von Projekten wie der Stadtstraße Aspern und dem Lobautunnel abgesehen, also auch die Infrastruktur für den motorisierten Verkehr ausgebaut wird.

Sonnenkraft

Der zweite große Hebel in Richtung Klimaneutralität ist der Bereich Energie, der ein Viertel der Wiener Emissionen beisteuert. Auch hier haben sich SPÖ und Neos große Ziele gesetzt: Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energie von 9,4 auf 30 Prozent steigen. Die Stromerzeugung durch Photovoltaik im Stadtgebiet soll bis 2025 von derzeit 70 auf 250 Megawatt (MW), bis 2030 auf 800 MW gesteigert werden.

„Sehr ambitioniert“ nennt das Staudinger. Um das zu schaffen, müsse man nicht nur im Neubau und im öffentlichen Altbestand tätig werden, sondern auch Dachflächen im privaten Bereich nachrüsten. Anreizsysteme werden hier eine entscheidende Rolle spielen müssen, sagt der Experte.

Sanierungsbedarf

Der drittgrößte Emittent ist schließlich der Gebäudesektor. 18 Prozent der Emissionen stammen aus Heizung, Kühlung und Warmwasseraufbereitung. Hier hat Wien besonderen Aufholbedarf: 47 Prozent der Haushalte heizen mit fossiler Energie, hauptsächlich mit Erdgas. Zwar ist der Anteil der an Fernwärme angeschlossenen Haushalte mit 45 Prozent ebenfalls hoch, doch auch 85 Prozent der Fernwärme werden fossil erzeugt.

Zusätzlich ist auch die thermische Sanierungsrate mit gerade einmal einem Prozent die niedrigste des ganzen Landes. Um die Klimaziele zu erreichen, muss diese verdreifacht werden. Viel Arbeit für Rot-Pink.

Als erster Schritt soll in den kommenden zwei Jahren ein Konzept für die Wärmewende erstellt werden. Insbesondere Fernwärme aus erneuerbaren Quellen wie der Geothermie soll – ebenso wie Fernkälte – forciert, eine Sanierungsoffensive gestartet werden. Gute Pläne, findet Staudinger, doch zu sehr auf zentralisierte Systeme fokussiert. Gebe es doch in Wien international beachtete Beispiele für Neubauten, die durch Bauteilaktivierung klimaneutral wärmen wie kühlen - etwa die Wohnhausanlage MGG22 in der Donaustadt.

Auch Rogenhofer begrüßt, dass sich die Stadt zum Ausstieg aus den Fossilen bekennt – doch zwei Jahre, um das Konzept zu erstellen, sind ihr zu lange. Es bräuchte zumindest einen vorgelagerten Stopp für den Einbau von Gasheizungen, sagt sie, „sonst sind die für 20 Jahre drin“.

Alles in allem erkennen sowohl die Klimaaktivistin als auch der ZAMG-Direktor viel Gutes, aber noch zu wenig Konkretes im Koalitionspekt. Vor allem eines fehlt Staudinger: „Welche Mechanismen in Kraft gesetzt werden, wenn die Ziele nicht erreicht werden.“